

Stellungnahme des AK Zivilklausel an der Uni Frankfurt zu der Petition gegen die Kooperation zwischen der TU Berlin und dem Technion (Haifa, Israel)

Der AK Zivilklausel an der Uni Frankfurt/M verurteilt die Instrumentalisierung der Zivilklausel für antiisraelische Ressentiments bei der Auseinandersetzung um die Kooperation zwischen der TU Berlin um der israelischen Wissenschaftseinrichtung Technion durch den BDS (Boycotts, Divestments, Sanctions) Berlin.

Die Berliner Gruppe der „Boycot Desinvestment Sanctions (BDS)-Kampagne“ fordert in einer Petition einerseits die Einhaltung der bestehenden Zivilklausel an der TU Berlin und andererseits „keine Wissenschaftskooperationen zwischen der TU Berlin und dem Technion - Israel Institute of Technology“. Begründet wird die zweite Forderung damit, dass am Technion, einer zivilen und staatlichen Universität, Rüstungsforschung in enger Kooperation mit israelischen Rüstungsunternehmen betrieben werde und die dort entwickelten Technologien und Waffensysteme in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten zur Unterdrückung der dort lebenden palästinensischen Bevölkerung eingesetzt werde. Nach der Meinung von BDS Berlin würde deshalb eine Kooperation der TU Berlin mit dem Technion prinzipiell nicht mit der Zivilklausel vereinbar sein, folglich sei die Kooperation von Seiten der TU Berlin abzulehnen.

Der AK Zivilklausel an der Uni Frankfurt unterstützt selbstverständlich die Forderung nach einer konsequenten Anwendung der bestehenden Zivilklausel an der TU Berlin. Allerdings folgt daraus keineswegs ein generelles Kooperationsverbot mit dem Technion. Die Gründe dafür sind folgende:

1. Die Petition lässt die Unterzeichner*innen und die sonstige Öffentlichkeit völlig im Unklaren darüber, was der Gegenstand der Kooperation zwischen der TU Berlin und dem Technion sein soll. Das heißt, es ist nicht zu erkennen, ob diese Kooperation Rüstungsforschung umfassen soll oder nicht.
2. Wenn der BDS Berlin generell Kooperationen mit Hochschulen, an denen Rüstungsprojekte durchgeführt werden oder wurden, ablehnt, müsste er genauso die Zusammenarbeit mit mehreren Dutzend deutschen Hochschulen, die nachweislich Rüstungsforschung betrieben haben, ablehnen. Da er dies aber nicht fordert, scheint es ihm einzig und allein darum zu gehen, den Staat Israel weiter zu diskreditieren und zu isolieren.

Die Akteure, die die bestehenden Zivilklauseln an deutschen Hochschulen konsequent unterlaufen, sind das deutsche Verteidigungsministerium und deutsche Rüstungskonzerne. Sie geben Rüstungsforschung auch an Hochschulen mit Zivilklausel in Auftrag.

In einer Zeit, in der es möglich ist, ohne größere öffentliche Kritik in den aktuellen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Bundeswehr vom „nationalen Selbstbehauptungswillen Deutschlands“ in der Außenpolitik zu schreiben, überrascht es doch sehr, dass sich gerade wieder einseitig auf Israel bezogen wird, wenn es um die „Bedrohung des Friedens“ geht.

Zur Erinnerung: 2010 trat Horst Köhler als damaliger Bundespräsident zurück, weil er öffentlich geäußert hatte, was im Weißbuch der Bundeswehr von 2006 bereits als Strategie der Bundeswehr formuliert wurde:

„Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen.“

Die gleiche außenpolitische Linie hat inzwischen der neue Bundespräsident Gauck, unterstützt durch von der Leyen und Steinmeier, auf der Münchener Sicherheitskonferenz nochmals verschärft.

In Bezug auf die Forderung nach einer vermehrten Übernahme außenpolitischer „Verantwortung“ durch „diese deutsche Nation“ sieht Gauck den häufigeren und massiveren Einsatz der Bundeswehr als legitimes Mittel zur Durchsetzung nationaler und internationaler Interessen, sei es zur Sicherung von Handelswegen und Rohstoffzugängen oder bei gravierenden Menschenrechtsverletzungen in anderen Staaten.

Die Strukturreform der Bundeswehr hin zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee, einer „Armee im Einsatz“ wie die Bundeswehr sich seitdem selbst bezeichnet, wird innenpolitisch begleitet mit einer Strategie der stärkeren Verankerung der Bundeswehr in gesellschaftlich relevanten Bereichen und der Auslagerung von gewissen Arbeitsprozessen an privatwirtschaftliche Unternehmen und öffentliche Institutionen. In diesem Kontext stehen einerseits die Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kultusministerien der Länder und den jeweiligen Wehrbereichskommandos der Bundeswehr, die den Jugendoffizieren privilegierten Zugang zu den Schulen ermöglichen. Und andererseits erfüllt Rüstungsforschung an öffentlichen Hochschulen beide Zwecke der oben genannten Strategie.

Im Koalitionsvertrag der „Großen Koalition“ heißt es dazu:

„Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich.“

Auch der Reservistenverband der Bundeswehr hat erkannt, dass eine streng nationalistische und militaristische Außenpolitik nicht ohne ideologische Absicherung in gesellschaftlich relevanten Bereichen durchzusetzen ist. Dazu betreibt und finanziert er den „Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen – BSH“, dessen Ortsgruppen an fast 30 Hochschulen versuchen die Ansichten über Außen- und Sicherheitspolitik in ihrem Sinne zu gestalten, meist ohne zu erwähnen, dass sie vom Reservistenverband finanziert und anderweitig unterstützt werden.

Antimilitaristische und pazifistische Politik in Deutschland darf nicht die weitere Isolation des Staates Israel vorantreiben, sondern muss stattdessen der Militarisierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik entschlossen entgegenreten.

AK Zivilklausel an der Uni Frankfurt/Main im März 2014

Für Presseanfragen, Kritik und Anregungen: zivilklausel@yahoo.de
www.zivilklausel-ffm.info

Die kritisierte Petition des BDS Berlin ist unter dem folgenden Link zu finden:

www.change.org/de/Petitionen/die-verantwortlichen-in-der-tu-berlin-nein-zu-r%C3%BCstungs-und-milit%C3%A4rforschung-gegen-wissenshaftskooperationen-zwischen-der-tu-berlin-und-dem-technion-israel-institute-of-technology